

WORKING PAPER

DIE UNERWARTE- TE EUROPÄISCHE RENAISSANCE DER SOZIALDEMOKRATIE UND LINKS-SOZIALIS- TISCHER PARTEIEN

August 2024

DIE UNERWARTETE EUROPÄISCHE RENAISSANCE DER SOZIALDEMO- KRATIE UND LINKS-SOZIALISTI- SCHER PARTEIEN

Andreas Rieger



Die mediale Öffentlichkeit und auch die Mehrheit der Politolog:innen waren sich im Vorfeld der europäischen Wahlen vom Juni 2024 einmal mehr einig: Die Linke würde, zusammen mit den Grünen, die grossen Verlierer der Wahl werden, die Rechtsausenparteien die grossen Gewinner. Entsprechend nahmen die Wahlkampagnen von Le Pen, Orban, Meloni, Salvini und Konsorten den grossen Teil der Berichterstattung und Kommentierung ein.

Das Wahlergebnis war dann ein anderes: Die Sozialdemokratie verlor kaum und die Parteien links von ihr legten leicht zu. Grössere Verluste erlitten die Liberalen und die Grünen. Die Parteien von Rechtsausen legten zwar stark zu, aber zu wenig, um die Bildung einer neuen Mehrheit und der EU-Kommission zu beeinflussen, welche wie in den vergangenen Jahren eine Mitte-Links Koalition ist. Zudem spalteten sich die Rechtsausenparteien nach den Wahlen gleich in drei verschiedene Fraktionen auf. [Das von den Medien gehypte Projekt von Giorgia Meloni](#), die Sozialisten aus der EU-Kommission rauszuwerfen, um in der EU ähnlich Italien eine Mitte-Rechts-Koalition zu bilden, fuhr an die Wand.

Dieses Resultat führt jedoch keineswegs dazu, dass das unerwartete Beharrungsvermögen der Sozialdemokraten irgendeine Aufmerksamkeit erhielt – gleiches gilt für die Erfolge einzelner Linksozialisten und der Fraktion der Vereinigten Linken (GUE/NGL).

Ein Grund dafür ist natürlich, dass die Sozialdemokratie in Europa in den letzten zwei Jahrzehnten in der Tat massiv an Gewicht verloren hatte. Dies führte dazu, dass immer wieder vom «Ende des sozialdemokratischen Zeitalters» die Rede war. In einigen Ländern ist die Sozialdemokratie gar für «tot» erklärt worden. Parteien links der Sozialdemokratie versuchten vielerorts den freiwerdenden Raum mit einem links-sozialistischen Projekt auszufüllen. Dies gelang in einigen Ländern, in anderen erlebten diese Parteien aber ebenfalls Verluste. Grössere Aufmerksamkeit erhielten die Grünen, welche vor dem Hintergrund der europaweiten Klimabewegungen im Jahre 2019 Gewinnerinnen der europäischen Wahlen waren. Das sehr gute Niveau von 2019 konnten die Grünen in den Jahren danach in den meisten Ländern jedoch nicht halten und auch nicht in den Europa-Wahlen im Juni 2024.

Die Rede vom Niedergang der Linken kann sich durchaus auf einen gewissen Trend stützen, der jedoch in der Realität immer wieder durchbrochen wird durch Erfolge einzelner Parteien, welche von der dominierende Schar von Prognostiker:innen und Kommentator:innen nicht erwartet worden waren.

So geschah es auch bei den europäischen Wahlen im Juni 2024:

- Die Fraktion der Sozialisten & Demokraten (S&D) hat heute im europäischen Parlament 136 Sitze, das sind 7 Sitze weniger als vor 5 Jahren. Berücksichtigt

man die Verkleinerung des Parlaments von 751 auf 720 Sitze, hat die S&D heute 20% der Sitze – gleichviele wie vorher. Verlusten in Deutschland und anderen Ländern stehen beträchtliche Zugewinne u.a. in Italien und Frankreich gegenüber. S&D ist damit die zweitstärkste Kraft, hinter der Europäische Volkspartei EVP. Diese hat neu 188 von 720 Sitzen, d.h. 26% (bisher 24%).

Die S&D Fraktion konnte mit ihren 20% der Parlamentssitze der EVP und Ursula von der Leyen ein Ultimatum stellen: Sollten diese eine Allianz mit Giorgia Meloni und ihrer Rechtsaussen-Fraktion EKR (Europäische Konservative) eingehen, würden sie die Stimmen von S&D verlieren. Da sich sowohl eine Mehrheit der Liberalen Fraktion wie auch der Grünen diesem Ultimatum anschlossen, war die Rechnung schnell gemacht und der Flirt zwischen Meloni und von der Leyen war vorbei.

- Die Fraktion der Vereinigten Linken (GUE/NGL) hat heute im europäischen Parlament 10 Sitze mehr: 47 statt der bisherigen 37. Den Verlusten in Deutschland und in anderen Ländern stehen Gewinne in Frankreich, in nordischen Ländern, sowie in Italiengegenüber. Den Medien war dieser Zuwachs keine Zeile wert. Die Vereinigten Linken stehen zwar ausserhalb der dominierenden Mitte-Links-Koalition in den EU-Institutionen. Sie sind deswegen aber keineswegs marginal, in einzelnen Sachfragen der Sozial- und Klimapolitik spielen sie immer mal wieder eine wichtige Rolle als Zünglein an der Waage zugunsten progressiver Vorlagen (wenn rechtsstehende Vertreter:innen der EVP ausscheren).

Dieses Papier analysiert die Entwicklung der Sozialdemokratie und von linkssozialistischen Parteien in der Europäischen Union in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten und greift dazu exemplarisch eine Reihe von Ländern heraus, welche für diese Entwicklung wichtig waren.

Beim Text handelt es sich um eine stark erweiterte und aktualisierte Version der Online-Publikation des Denknetz von Andreas Rieger vom September 2022, damals unter dem Titel [«Aufstieg und Niedergang der Sozialdemokratie und der Parteien links von ihr»](#).

Niedergang und Renaissance der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratischen Parteien haben in Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg gute Zeiten erlebt. Sie erhielten in vielen Ländern 30% bis über 40% der Wähler:innenstimmen, hatten Hunderttausende Mitglieder und stellten manchmal allein Regierungen oder führten Koalitionsregierungen an. Namen wie Willy Brandt und Olaf Palme stehen für diese Zeit. Aber dennoch gab es in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg in Westeuropa kein «sozialdemokratisches Zeitalter». Das Bürgertum organisierte seine politische Macht meist über die Konservativen resp. über christlich-demokratische Parteien. Diese stellten die Mehrheit der Regierungen in Westeuropa (in einigen Länder regierten zudem – was oft vergessen wird - bis in die 1970er Jahre Faschisten und Militärs, so in Spanien, Portugal, Griechenland). Sozialdemokratische Regierungen waren die Ausnahme, sie überdauerten - abgesehen von Schweden – meist nicht lange. Wenn schon müsste man – unter dem

Aspekt der Regierungsmehrheiten für die 1950er bis 80er Jahre von einem «christlich-demokratischen Zeitalter» sprechen. Diese Parteien mussten zwar Elemente aus dem traditionellen SP-Programmen übernehmen, insbesondere beim Ausbau der Sozialversicherungen. Sie mussten zur Modernisierung den Staat ausbauen (Bildung, Gesundheit, Infrastrukturen). Aber sie betrieben keine sozialdemokratische Politik: Sie bediente vor allem die Interessen des Kapitals und des Bürgertums. Gesellschaftspolitisch waren sie meist konservativ. Ab den 1990er-Jahren begann sodann das «neoliberale Zeitalter», das fast alle Parteien prägte.

Auch wenn die vorangegangenen Jahrzehnte kein «sozialdemokratisches Zeitalter» waren, ist die Schwächung des politischen Gewichts der Sozialdemokratischen Parteien in den letzten zwei Jahrzehnten doch massiv. Die Wähler:innenanteile sind geschrumpft, die Gruppe der «starken» nationalen SPen hat – mit wenigen Ausnahmen – nur noch Wähler:innenanteile zwischen 20% und 30%. In einigen anderen Ländern, wo die Sozialdemokratie noch bis zum Millennium stark waren, ist sie zeitweise auf unter 10% abgestürzt (Frankreich, Griechenland, Niederlande, ...). Die Anzahl eingeschriebener Mitglieder wurde dezimiert, in einigen Ländern ist die Sozialdemokratische Partei zu einem Wähler:innenverein geworden. Dies hat viele Kommentator:innen dazu geführt, vom «Tod» der Sozialdemokratie zu sprechen.

Auch wenn Totgesagte oft länger leben, ist es offensichtlich: Die Sozialdemokratie steckt in einer Krise. Was sind die Erklärungen dafür?

Erschöpfung der sozialdemokratischen Mission?

Die Rede vom «Ende des sozialdemokratischen Zeitalters» stammt von Ralf Dahrendorf. Der sozial-liberale Soziologe konstatierte, dass viele der Hauptforderungen, welche die Sozialdemokratien nach dem 2. Weltkrieg gestellt hatte, in den 1980er-Jahren verwirklicht worden waren: Altersrenten, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen, Mutter- und Elternurlaub, etc. Die Spannkraft der Sozialdemokratie erschöpfte sich laut Dahrendorf, sie wurde zum «Opfer ihres eigenen Erfolgs». Diese Erklärung wird oft übernommen (auch von Piketty). Aber der starke Niedergang der Sozialdemokratie erfolgt in den meisten Ländern erst nach der Krise der 1990er Jahre, welche mehrheitlich zu einem Stopp des Sozialausbaus führte und zu einer massiven Zunahme von Armut und Prekarität. Die Erhöhung der Einkommen der unteren und mittleren Schichten, eine der Hauptforderungen der Sozialdemokratie, stockte seit den 1990er oder den 2000er Jahre, trotz fortgesetztem Wirtschaftswachstum. Dass sich die traditionellen Hauptforderungen der SP erschöpft hätten, entspricht deshalb nicht der realen sozialen Situation der letzten zwei Jahrzehnte, in denen sich für breite Schichten der Bevölkerung die sozialen Probleme wieder schärfer stellten.

Erosion der sozialen Basis

Eine ebenfalls ständig wiederkehrende Erklärung ist das Schwinden der traditionellen sozialen Basis der Sozialdemokratie. Die Industriearbeiterschaft verschwindet, moderne Angestellte und Selbständige würden neu eine grosse Mittelschicht bilden. Diese Erklärung hat eine gewisse Plausibilität: Die traditionellen sozialkul-

turellen Arbeitermilieus, in denen die Linke stark war, sind erodiert und damit sind «Transmissionsriemen» der SP weggefallen (Arbeiter-Organisationen für die Freizeit, für Kultur, Sport, ...). Aber dennoch gibt es nach wie vor die unteren sozialen Schichten, die lohnabhängig sind und in der Gesellschaft geringere Ressourcen haben. Und viele in den Mittelschichten wissen, dass sie vom Abstieg bedroht sind – nicht wenige sind bereits heute von Prekarisierungsprozessen betroffen. Zudem sind viele qua Geschlecht oder Nationalität diskriminiert. Die Interessen dieser Schichten (je nach [Klassenanalyse 40% bis 60% der Gesellschaft](#)) in der Politik zu vertreten bleibt weiterhin ein grosses Potential für die Sozialdemokratie.

Niedergang der grossen «Volksparteien»

Parallel zur Schwächung der Sozialdemokratie erfolgt auch jene der Konservativen und der christlich-demokratischen Parteien. Diese hatten nach dem 2. Weltkrieg 30 bis 50% der Wähler:innenstimmen auf sich gezogen – heute sind es im besseren Falle noch 20 bis 30%. Einzelne historische Parteien, wie die Democrazia Cristiana in Italien, sind vom Erdboden verschwunden. Eine Erklärung dafür ist – wie bei der Sozialdemokratie – das Schwinden der kulturellen Sozialmilieus. Seien es die religiösen Milieus und die Verbindung mit der Kirche, oder die ländlichen Milieus, in welchen die Konservativen früher oft weit über 50% der Stimmen auf sich vereinen konnten. Zudem ist die konservative Gesellschaftsideologie erodiert, welche diesen Parteien einen ideellen Kitt gegeben hatte. Allgemeiner kann man sagen, dass die zunehmende soziale Ausdifferenzierung in Europa und der Bedeutungsverlust der grossen Familien der Weltanschauungen die Integrationskraft gerade auch der christlich-demokratisch/konservativen Parteien reduziert haben. «Tot» sind die Christdemokratie in den meisten Ländern deswegen aber ebenso wenig wie die Sozialdemokratie. Sie hat in den Mittel- und Oberschichten und in ländlichen Gebieten weiterhin eine soziale Basis. Sie führt in der Mehrheit der Länder weiterhin die Regierungen an, wenn auch dazu nun oft mehrere Koalitionspartner:innen nötig sind.

Vormarsch der Grünen

Verdrängten die Grünen ab den 2000er-Jahren die Sozialdemokratie, wie oft aufgeführt wird? Den Mainstream-Medien im deutschen Sprachraum folgend könnte man denken, dass die grüne Welle in Europa den Sozialdemokrat:innen das Wasser abgrub. Dies ist jedoch mehrheitlich nicht der Fall. In den meisten Ländern liegen die Wähler:innenanteile der Grünen im einstelligen Prozent-Bereich, sie sind also weit geringer als die zu erklärenden Verluste der Sozialdemokratie. Wahlanalyse in verschiedenen Ländern zeigen zudem, dass nur wenige ehemals SP-Wählende zu den Grünen übergegangen sind. Die Grünen gewinnen Wähler:innen mehrheitlich in jüngeren, gut ausgebildeten Mittelschichten. Sie sind hier höchstens Konkurrenten der Sozialdemokratie, welche neuerdings in den gleichen Schichten auch an Anhänger:innen gewinnt. Aber durch die «Grüne Welle», die unterdessen etwas zurückgegangen ist, können die Verluste der Sozialdemokraten nur in wenigen Ländern erklärt werden.

Neoliberale Politik

Der wichtigste Grund für die Verluste der Sozialdemokratie ist ihre neoliberale

Wende ab den 1990er-Jahren. Wirtschaftspolitisch waren die SPen bis dahin keynesianisch orientiert. Aber ab den 1990er-Jahren erfasste die neoliberale «Revolution» von Thatcher und Reagan Schritt für Schritt auch die Spitzen der Sozialdemokratie. Erst waren es die Regierungen Tony Blair und Gerhard Schröder, nach dem Crash der Finanzwirtschaft folgten 2010 fast alle damals an der Macht stehenden SPen. Von der PASOK über die Parti Socialiste France zur Arbeiterpartei der Niederlande – alle setzten eine harte Austeritätspolitik durch. Und alle mussten dies bei den nächstfolgenden Wahlen hart bezahlen. 2016 gab es kaum mehr ein Land in Europa mit sozialdemokratischer Regierung. Die Mitgliederzahlen schmolzen in dieser Zeit wie der Schnee an der Sonne.

Hier zeigt sich, dass die Sozialdemokratie nicht niederging, weil sich ihre Forderungen erfüllt hatten, sondern weil sie ihre eigenen Errungenschaften und Forderungen mit Füßen getreten hatte. Umgekehrt zeigte sich in den letzten Jahren, dass sich Sozialdemokratische Parteien auffangen können, wenn sie die soziale Frage ins Zentrum ihrer Politik stellen. In Spanien und Portugal, in Nordeuropa, wie auch in Deutschland 2021 konnten sie den Niedergang stoppen, indem sie wieder auf klassische Inhalte zurückgriffen: Mindestlöhne, Renten, soziale Infrastrukturen, ...

Aufschwung der rechtsnationalen und rechtsextremen Kräfte

Eine weitere These ist, dass den Sozialdemokratien massenhaft Mitglieder und Wähler:innen hin zu der äusseren Rechten davongelaufen sind. Richtig ist sicher, dass die antisoziale Politik vieler sozialdemokratischen Regierungen den Rückhalt ganz besonders in den unteren Schichten schmelzen liess. In diesen Schichten entstand ein Vakuum, welches rechtsnationale Kräfte mit sozialdemagogischen und xenophoben Politiken auszufüllen begannen. Dass aber massenhaft sozialdemokratische Wähler:innen nach Rechts aussen übergelaufen wären, stimmt gemäss den meisten Nachwahlbefragungen nicht. Die meisten Verluste entstanden dadurch, dass enttäuschte sozialdemokratische Wähler:innen nicht mehr an die Urnen gingen. Und zudem waren viele SPen unfähig, neu entstehendes Protestpotential (gegen die Eliten, gegen die Globalisierung, etc.) in unteren Schichten auf sich zu ziehen. Wo der SP in letzter Zeit überraschende Wahlerfolge gelungen sind, war dies wesentlich der erneut starken Mobilisierung auch von vorher «Politik-Abstinenten» zu verdanken.

Neoliberale Transformation im Osten

Eine besondere Bedeutung hat die Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Nach der Wende von 1989/90 hofften die europäischen SPen, sie könnten im grossen politischen Vakuum als demokratisch-sozialistische Kraft einen bedeutenden Wähler:innenanteil gewinnen, was anfangs in mehreren Ländern auch gelang. Die überstürzte Transformation der früheren Staatswirtschaften in «freie Marktwirtschaften» wurde aber zur brutalen neoliberalen Schocktherapie, an welcher er sich – mit freundlicher Unterstützung von Schröder, Blair & Co – auch die [Mehrheit der Ost-SPen](#) beteiligten. Zum Parteaufbau griff die Sozialdemokratie zudem oft auf Kader der alten Kommunistischen Parteien zurück, was zur weiteren Diskreditierung beitrug. Trotz viel «Entwicklungshilfe» zum Aufbau von Sozialdemokratischen Parteien in Mittel- und Osteuropa ist das Resultat für die Sozialdemo-

kratie heute desaströs. In den meisten Ländern von Mittel-/Osteuropa gibt es keine (stabile) Linke mit einem Wähler:innenanteil von mehr als 10%. Wie ein Mühlstein hängt diese Schwäche am Hals der europäischen Sozialdemokratie. Ausnahmen mit höheren Wähler:innenanteilen sind nur Slowenien und Rumänien. Hier war SP nicht an der Regierung, als in der EU harte Austerität angesagt war. [Dafür konnte die rumänische SP als Regierungspartei profitieren, als in der EU ab 2021 Investitionen und höhere Mindestlöhne angesagt waren.](#)

Integration in den Staatsapparat und Korruption

Ein wichtiger Grund für die Verluste der Sozialdemokratie ist schliesslich ihre Anpassung im bürgerlichen Staatsapparat. Einmal länger an der Regierung, verändert sich oft der Charakter der Partei: Sie passt sich an alle «Sachzwänge» des Status quo an (bestehende Regulierungen, Budgetspielraum, ...). Sie wird attraktiver für Karrieristen, welche wichtige Posten besetzten. Am Schluss unterscheidet sich eine solche Sozialdemokratie nicht mehr gross von ihrer christlich-demokratischen Konkurrenz und kann für die Wiederwahl nicht mehr mobilisieren. Ein nicht unbedeutender Teil der Basis bleibt der Urne fern. So erging es der Sozialdemokratie in vielen Ländern. Schliesslich sind solche SPen auch anfällig für schlimmste Korruption. Dies war ein Hauptgrund für das Ende der Sozialdemokratischen Parteien in Italien und in Griechenland und für die Abwahl von sozialdemokratischen Regierungen in Portugal und in Rumänien.

Beispiele der SP-Entwicklung in einzelnen Ländern

Frankreich

Den schlimmsten Absturz einer einst stolzen sozialistischen Partei erlebte die PSF in Frankreich. Der Niedergang begann schon kurz nach dem fulminanten Wahlsieg, den François Mitterand 1981 mit einem links-keynesianischem Programm erreichte. In den Parlamentswahlen machte die PSF damals 36% der Stimmen und errang damit die absolute Mehrheit im Parlament. Unter dem Druck des vereinten internationalen und französischen Kapitals schminkte Mitterand das linke Programm aber schon bald ab. Ab 1984 führte die Regierung der PS eine Austeritätspolitik. 1986 verlor die Partei die Parlamentswahl und musste die Regierung abgeben, auch wenn Mitterand noch Präsident blieb. Danach folgte eine Zeit der Alternanz mit den Bürgerlichen. Bei den letzten erfolgreichen Wahlen, welche 2012 François Hollande die Präsidentschaft und die absolute Mehrheit im Parlament sicherte, hatte die PSF 29% Wähler:innenanteil. Hollande hatte aber das Pech, voll in der Austeritätsphase der EU zu landen. Er trug die Sparpolitik glücklos mit, was die Partei völlig diskreditierte. 2017 erreichte sie bei den Parlamentswahlen noch einen Viertel (!) der Stimmenanteile von 2012, nämlich 7%. Bei den Europäischen Wahlen 2019 waren es dann noch 6%, bei den Präsidentschaftswahlen anfangs April 2022 noch 2%!

Die PSF hat heute gerade mal noch etwa 20'000 zahlende Mitglieder – 2008 waren es noch zehnmals mehr gewesen. Frankreich ist zweifellos ein Beispiel dafür, dass die Sozialdemokratie weniger aufgrund von Veränderungen in der Sozialstruktur scheiterte als vielmehr aufgrund einer Politik, welche der eigenen Wählerschaft flagrant ins Gesicht schlug. Bei den Wahlen zum europäischen Parlament 2024

konnte die Liste der PSF zusammen mit der rechtssozialdemokratischen Place publique überraschende 14 Prozent erreichen und damit La France insoumise überholen. Wer die PSF für tot erklärt hat, dürfte sich getäuscht haben. Da sie in vielen Regionen noch eine gewisse Verwurzelung hat, kann sie wieder eine Rolle spielen – vorausgesetzt sie überwindet ihre chronische interne Fraktionierung.

Griechenland

Einen ähnlichen Absturz provozierte die Sozialdemokratie mit ihrer Politik in Griechenland: Die PASOK brach von 43% Wähler:innenanteil im Jahr 2009 auf 5% im Jahr 2015 ein. Auch sie ist über die Austeritätspolitik gestürzt, sowie über ihre Korruption, da sie das traditionelle klientelistische System der Vergabe der staatlichen Posten und Aufträge voll übernommen hat. Die PASOK hat sich danach formell aufgelöst und neu konstituiert. Im Juni 2024 schaffte sie es wieder auf 13 % der Wähler:innenstimmen.

Niederlande

Abgestürzt ist auch die Partei der Arbeit in den Niederlanden: In ihren besten Zeiten (1970er und 80er Jahre) hatte sie um die 30% Wähler:innenanteil. 2012 war sie mit 25% die stärkste Partei und konnte eine Koalitionsregierung anführen. Auch die Partei der Arbeit fuhr eine harte Austeritätspolitik, sodass die sie innert Kürze Dreiviertel ihrer Gefolgschaft verlor und 2017 nur noch 6% Wähler:innenanteil aufwies. Jetzt fängt sie sich aber in der Opposition wieder auf. In den europäischen Wahlen kam es zu einer Einheitsliste der Sozialdemokraten mit Grün-Links, welche mit 21% der Wähler:innenstimmen die stärkste niederländische Kraft wurde.

Spanien

Die PSOE hatte in Spanien in den Jahren 2004 und 2008 über 40% der Stimmen erreicht und unter José Zapatero die Regierung gestellt. Die nach der Finanzkrise unter dem Druck der EU/Troika durchgeführte Austeritätspolitik brach der Regierung jedoch 2011 das Genick und die PSOE schien im freien Fall: 2015 machte sie noch halb so viele Stimmen wie 2008, nämlich 22%. In der gleichen Zeit sank die Mitgliederzahl der PSOE von 600'000 (2004) auf 200'000 (2016). Die reaktionäre Partido Popular PP kam wieder an die Regierung und Mariano Rajoy setzte die unpopuläre Austeritätspolitik fort. Gleichzeitig kam die skandalöse Parteikorruption der PP ans Tageslicht, die PP stürzte ab und die Chancen der Linken stiegen wieder.

In der PSOE kam es zum Machtkampf, ob eine linkere Politik verfolgt und mit Podemos eine Regierungskoalition gebildet werden sollte. Pedro Sanchez gewann diesen Kampf gegen die rechten Sozialdemokraten. Unter seiner Führung wurde die PSOE in den Wahlen von 2019 mit 28% zur stärksten Kraft und bildete zusammen mit Podemos eine linke Minderheitsregierung (gestützt durch autonomistische Parteien). Seither bleibt die PSOE in mehreren Wahlen bei einem Wähler:innenanteil um die 30 Prozent, was zusammen mit Podemos resp. SUMAR und den Parteien der Basken und Katalanen eine prekäre Regierungsmehrheit ermöglicht und eine durchaus produktive Reformpolitik (Arbeitsmarkt, wo mit einer Re-Regulierung die Anzahl sozialversicherter regulärer Arbeitsverhältnisse von 19 auf 22 Millionen erhöht werden konnten und eine Art Kurzarbeitsversicherung geschaffen wurde,

Investitionen, demokratische Rechte, Umwelt). Bei den europäischen Wahlen kam die PSOE auf 30% Wähler:innenanteil.

Portugal

Eine ähnliche Entwicklung kannten die Sozialisten Portugals: 2005 bis 2011 stellten sie nach Wahlerfolgen mit 45% und 37% die Regierung (Ministerpräsident José Socrates). 2011 stürzten sie wegen Austeritätspolitik und Korruption auf 28% ab. Während der Troika-Zeit war die bürgerliche PSD an der Regierung. 2015 gelang den Sozialisten mit Antonio Costa und einem sozialen Programm ein Wahlsieg mit 32%. Alleine reichte dies aber nicht zur Regierungsbildung. Costa war bereit, mit den drei kleineren Parteien links der PS (KP, Bloque de Izquierda, Grüne) Unterstützungsvereinbarungen einzugehen, welche lange Bestand hatten. Die Regierung betrieb eine moderat soziale Politik und profitierte von der Gunst der Stunde: wirtschaftlicher Aufschwung nach der Krise, EU-Investitionspaket.

Bei den Wahlen im Januar 2022 prognostizierten Umfragen einen Umschwung zugunsten der Rechten. Dies führte zu einer starken Mobilisierung der SP-Wählerschaft und zum «Nützlich-Wählen» bei vielen linkeren Wähler:innen. Mit fast 42% der Stimmen erreichte die PS das absolute Mehr im Parlament – eine einmalige Situation in Europa. Ein erneuter Korruptionsfall in der Regierung von Costa liess diese absolute Mehrheit jedoch schwinden. Als Costa in die Untersuchung einbezogen wurde, trat er zurück. Es kam sofort zu Neuwahlen, in welchen die PS abgestraft wurde und die Regierung der bürgerlichen PSD überlassen musste. Im Nachgang wurde klar, dass Costa nur aufgrund einer Namensverwechslung in die Untersuchung verwickelt war. Bei den europäischen Wahlen im Juni 2024 wurden die Sozialisten mit 33% Wähler:innenstimmen erneut die stärkste Partei. Nach einer Periode in der Opposition hat die portugiesische Linke alle Chancen, erneut die Regierung zu stellen.

Italien

Die machtpolitisch dominierende Partei in Italien war in der ganzen Nachkriegszeit die Democrazia Cristiana. Dieser sass aber eine so starke Linke im Nacken wie in keinem anderen Land in Europa. Die Kommunistische Partei Italiens PCI war die stärkste linke Partei Europas, mit über 2 Millionen Mitgliedern und bis über 30% der Wähler:innenstimmen. Die sozialdemokratische Partei Italiens, die PSI, kam daneben noch auf 10 bis 15% Wähler:innenstimmen. Die PSI war stramm anti-kommunistisch – eine Volksfrontregierung zusammen mit der PCI war für sie undenkbar. Stattdessen beteiligte sich die PSI lieber an Regierungen, welche von der DC angeführt wurden. In den 1980er-Jahren stellte sie auch – obwohl Minderheitspartei – zweimal den Ministerpräsidenten, Bettino Craxi. Die PSI konnte dadurch viele Staatsposten besetzen und wurde für Karrieristen immer attraktiver. Die Korruption brach der PSI aber schliesslich das Genick: 1992 flog das Bestechungssystem Tangentopoli auf, an dem PSI-Exponenten prominent beteiligt waren. 1993 ging die Partei bankrott, da die schwarzen Geldquellen versiegt waren. 1994 hatte sie noch 2% der Wähler:innenstimmen, Craxi floh ins Exil nach Libyen. Einige Reste der PSI retteten sich in die Partito Democratico della Sinistra (PDS), in der sich die Mehrheit der früheren PCI organisiert hatte.

Ab 1995 bildeten die Nachfolgeorganisationen der PCI die eigentliche Sozialdemokratie Italiens. Nach ihrer Gründung war die Partito Democratico della Sinistra (PDS) mit 33% Wähler:innenstimmen im Jahr 2008 elektoral sehr erfolgreich. Um an die Regierung zu kommen orientierte sich die PDS aber immer mehr nach rechts und fusionierte mit Resten aus der versprengten Democrazia Cristiana zum Partito Democratico PD. Nach dem Vorbild der amerikanischen Demokraten wurde bei der 2007 neu gebildeten Partei der Zusatz «della Sinistra» aus dem Namen entfernt und auch das System der Primärwahlen eingeführt. Dies gipfelte schliesslich darin, dass Matteo Renzi 2014 an die Spitze der PD trat und Ministerpräsident wurde – Renzi der nie Sozialist oder auch nur Sozialdemokrat gewesen war. Die Regierung «brillierte» durch eine Liberalisierung des Arbeitsgesetzes (Job Acts) und durch weitere unpopuläre «Modernisierungen», stürzte aber schon bald wieder. Die PD verlor in den darauffolgenden Wahlen massiv und schaffte noch 19% der Wähler:innenstimmen. Die Partei tat jedoch alles um Partnerin in verschiedenen Regierungs-Koalitionen (u.a. unter Ministerpräsident Mario Draghi) zu sein. Die einstmalen starken Basisstrukturen mit zehntausenden Aktivist:innen siechten zunehmend dahin.

Eine Renaissance erlebt die PD seit 2023, seit der Wahl der aus den sozialen Bewegungen stammenden Elli Schlein zur Generalsekretärin. Die Partei profilierte sich verstärkt als linke Kraft und als Hauptgegnerin der reaktionären Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni. Es kam zu einem Zufluss neuer, jüngerer Aktivist:innen und zur Wiederbelebung der Partei zumindest in den grösseren Städten. Dies drückte sich jüngst aus in Wahlerfolgen in Regionen (Sardinien) und Städten (Bari, Perugia, ...). In den Europawahlen verbuchte die PD einen Erfolg mit 24%.

Deutschland

Die deutsche Sozialdemokratie ist historisch die einflussreichste in ihrer Familie. Eine Million Mitglieder zählte sie 1976. 1998 erreichte die SPD mit einem relativ linken Programm den Wahlsieg mit 41%. Sie bildete unter Gerhard Schröder eine Koalitionsregierung mit den Grünen. Bereits nach einem Jahr kam es zur neoliberalen Wende, Finanzminister Oskar Lafontaine und sein Staatssekretär Heiner Flassbeck verliessen die Regierung, welche nun nach der Pfeife der Finanzwirtschaft tanzte und 2003 die grosse Sozialabbaukeule der AGENDA 2010 niedersausen liess. 2004 spaltete sich der linke, gewerkschaftsnahe Flügel ab und gründete die [WASG](#). 2005 war die rot-grüne Regierung am Ende. In der Folge liessen die Wähler:innen die Partei immer mehr im Stich, 2017 erhielt sie bei den Bundeswahlen gerade noch 20% der Stimmen, 2019 bei der Europawahl noch 16%! Die Mitgliederzahl war um mehr als die Hälfte geschrumpft auf noch rund 400'000.

Von ihrem Verschwinden bedroht, rappelte sich die SPD 2020/21 auf. Sie übte erstmals klar Selbstkritik bezüglich der AGENDA 2010 und formulierte ein relativ linkes Wahlprogramm, welches die soziale Frage wieder ins Zentrum stellte (Mindestlohn 12 Euro, kein weiteres Absinken der Renten, u.a.). Auf dieser Linie legte die SPD im September 2021 wieder zu und erreichte 26% der Wähler:innenstimmen. Der Zuwachs erklärte sich insbesondere dadurch, dass die SPD wieder mehr mobilisieren konnte. Entgegen anderslautenden Prognosen wurde die SPD wieder überdurchschnittlich in unteren Schichten und von Gewerkschafter:innen gewählt. Zudem

wechselte eine halbe Million Wähler:innen der Linken zur SPD.

Da die CDU gleichzeitig einbrach, war die SPD nun stärkste Partei und konnte die Regierung bilden. Allerdings brauchte sie für eine Mehrheit nicht nur die Grünen, sondern auch die FDP. Angesichts der Doppelkrise Klima/Corona verspricht die Regierung verstärkte soziale Absicherungen (Renten, Pflege, etc.) und – in einem gewissen Bruch mit der alten Austeritätspolitik – einen staatlich gesteuerten ökologischen Umbau. Wie versprochen beschloss die Regierung zügig, den Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde hinaufzusetzen. Bald jedoch war die positive Dynamik gebrochen: Die FDP nahm die Koalition in Geiselnhaft und ihr Finanzminister Lindner killte die meisten populären Projekte der Regierung. Der Ukraine-Krieg verstärkte die Probleme noch zusätzlich. Die Wähler:innenanteile der SPD (wie auch der Grünen) sind seither geschmolzen, jene der CDU und der AfD im Höhenflug. In den europäischen Wahlen kam die SPD gerade mal noch auf 14%.

Nordische Sozialdemokratien

Nach Jahren der Krise haben sich die früher sehr starken Sozialdemokratische Parteien in den nordischen Ländern wieder erholt, allerdings auf einem tieferen Niveau. Dank der gleichzeitigen Krise der Konservativen Parteien kann die SP immer mal wieder regieren, allerdings nur in wackligen Koalitionen, denn der Wähler:innenanteil der SP liegt meist weit unter 30%. So kam die Sozialdemokratie in Schweden im Juni 2024 auf 25%, in Finnland jedoch nur noch auf 15%. In Dänemark versucht die Sozialdemokratie mit einer profiliert sozial-nationalistischen Politik an der Regierung zu bleiben und den Rechtspopulisten das Wasser abzugraben. Bei den europäischen Wahlen hatte sie damit aber wenig Erfolg und erreichte gerade mal 15%. Umso besser schlossen in Dänemark die Grünen und Kräfte links der SP ab.

Zusammenfassend

Zur Schwächung der Sozialdemokratie in Europa haben in den letzten Jahrzehnten sicher die Auflösung der traditionellen Sozialmilieus und die zunehmende Ausdifferenzierung auch in unteren sozialen Schichten beigetragen. Die Länderbeispiele zeigen jedoch, dass der Niedergang wesentlich durch die Übernahme der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Beginn der 2000er Jahre sowie nach der Finanzkrise von 2008 provoziert wurde. Umgekehrt ist es mehreren Sozialdemokratischen Parteien in den letzten Jahren mit einer erneuten Zuwendung zur sozialen Frage gelungen, mit Erfolg einen gewissen Wiederaufschwung einzuleiten. Dies, obwohl die sozialstrukturellen Veränderungen weiterwirken.

Bei den Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2024 konnten die Sozialdemokraten insgesamt ihren Anteil behalten, obwohl ihnen allseits Verluste vorausgesagt worden waren.

Tabelle 1: Fraktion S&D: die wichtigsten Delegationen im EU-Parlament

	Sitze 2019	Sitze 2024
Belgien	3	4
Dänemark	3	3
Deutschland (SPD)	16	14
Frankreich (PSF)	3	13
Griechenland (ex PASOK)	2	3
Italien (PD)	16	20
Niederlande (Partei der Arbeit)	6	4
Österreich (SPÖ)	5	5
Polen	5	3
Portugal	9	8
Rumänien	8	11
Spanien	21	20
Schweden	5	5
Total	143	136
<i>Anteil an allen Deputierten im EP</i>	<i>20%</i>	<i>20%</i>

Auf und Ab der Parteien links der Sozialdemokratie

Den Raum links der Sozialdemokratie besetzten in Westeuropa in den 1950er bis 1970er Jahren insbesondere als kommunistisch bezeichnete Parteien, die KPen. Sie profitierten vom Oppositionspotential, welches relativ gross war angesichts der meist sehr pragmatisch und reformerisch operierenden SPen. Bereits in den 1980er-Jahren kamen die KPen in die Krise, welche viele mit einer eurokommunistischen Orientierung auffangen wollten. Mit dem Fall des eisernen Vorhangs und der völligen Diskreditierung des Stalinismus verschärfte sich jedoch der Niedergang der KPen. Mit wenigen Ausnahmen (Portugal, Griechenland, ...) spielen diese heute keine Rolle mehr. Viele eurokommunistische Exponent:innen beteiligten sich an linkssozialistischen Neugründungen, zusammen mit Kräften, welche aus der 1968er-Bewegung stammten und mit linken Abspaltungen aus der Sozialdemokratie. So zum Beispiel DIE LINKE in Deutschland, Syriza in Griechenland.

Bei diesen Neugründungen war die Hoffnung gross, dass der tendenzielle Niedergang der Sozialdemokratie Raum geben würde für starke linkssozialistische Parteien. Nicht wenige Exponent:innen äusserten unverhüllt Schadenfreude und verkündeten gar den «Tod der Sozialdemokratie». In der Folge zeigte sich allerdings, dass linkssozialistische Parteien nicht einfach den Platz von niedergehenden Sozialdemokratischen Parteien übernehmen können. Diesbezüglich herrscht heute bei mehreren Parteien links der Sozialdemokratie Konsternation. Aber dies heisst nicht, dass linkssozialistische Parteien, welche im Europäischen Parlament in der Fraktion GUE/NGL (Group of European United Left / Nordic Green Left) zusammengefasst sind, nicht eine wichtige Rolle in einzelnen Ländern ausüben können.

Griechenland

In einem einzigen Fall konnte die Linke über längere Zeit voll vom Niedergang der Sozialdemokraten profitieren, in Griechenland. Dort hatte sich die PASOK mit ihrer Austeritätspolitik 2008 derart diskreditiert, dass ihre Wählerzahlen im freien Fall waren. Die Regierung der Konservativen Partei diskreditierte sich ebenso. Die ehemals eurokommunistische Syriza wurde 2015 mit 36% stärkste Partei und führte die Regierung an. Von der EU-Troika zu Fall gebracht, musste Syriza zwar 2019 von der Regierung abtreten, sie blieb aber im linken Lager vorerst noch die stärkste Partei mit 31% der Wähler:innen, während die PASOK unter neuem Namen noch 8% Wähler:innenanteil erreichte. Unterdessen ist Syriza in der Opposition jedoch massiv in Krise geraten. 2023 warf sich die Partei in einer Primärwahl für das Parteipräsidium einem modernistischen Businessman in Arme und seither folgt eine Abspaltung von Syriza der anderen. Immerhin machte die Partei bei den europäischen Wahlen im Juni 2024 noch 15% der Stimmen. Gleichzeitig wurde neben Syriza die traditionelle kommunistische KKE wieder stärker und erreichte 9% der Wähler:innen.

Spanien

Positiv verlief die Entwicklung in Spanien mit dem Aufstieg von Podemos, welche aus den sozialen Bewegungen («los Indignados») gegen die reaktionäre Austeritätspolitik hervorgegangen war. Der aus der starken kommunistischen Partei PCE hervorgegangene Sammlungspartei Izquierda Unida war es nie gelungen, sich links der PSOE stark aufzubauen. Anders Podemos, welche nach der Finanzkrise direkt von den Verlusten der PSOE profitierte und bei der ersten Wahlbeteiligung 2012 schon 12% erreichte. Podemos wollte weder normale Partei sein noch sich ins traditionelle Rechts-Links-Schema einordnen lassen. In bewusst populistischer Art sah sie die gesellschaftliche Polarisierung zwischen den Leuten (la gente) und der Elite (la casta). Ende 2014/anfangs 2015 überholte Podemos in Wahl-Umfragen sogar kurz die PSOE. Diese Situation verführte die Podemos-Spitze zu einer sektiererischen Politik gegenüber der PSOE. Diese sei als Teil der «Elite/Kaste» nicht viel besser als die bürgerlichen Parteien. Ziel von Podemos wurde der «Sorpaso», das Überholen der PSOE.

Dies gelang in den Wahlen von 2015 jedoch nicht. Die PSOE machte 22% der Stimmen, Podemos 21% (bei den Sitzen war die Differenz grösser). Der Präsident von Podemos, Pablo Iglesias, setzte das Power Play fort und verlangte eine Regierungskoalition mit einem Co-Präsidium. Lachender Dritter war die reaktionäre PP, welche mit Manuel Rajoy die Regierung fortsetzen konnte. Nach den Wahlen vom November 2019, aus denen Podemos mit 13% geschwächt und die PSOE mit 28% gestärkt hervorgingen, kam es zur – bis heute regierenden – Koalition unter Pedro Sanchez. Diese ist gegenüber der düsteren Zeit der PP-Regierung zweifellos ein Fortschritt für alle progressiven Kräfte. Sie konnte z.B. den Mindestlohn auf 60% des Medianlohns erhöhen. Verstärkt wurden auch die Rechte der Frauen. Obwohl Leaderinnen von Podemos dafür verantwortlich waren, konnten die Kräfte links der PSOE nicht profitieren, im Gegenteil. Podemos ist in eine Krise geraten und der Versuch von Yolanda Diaz, von «oben herab» eine neue Sammlungsbewegung, SUMAR, zu schaffen, ist bei den diesjährigen Wahlen zum europäischen Parlament gescheitert. Sie kam nur auf 4,7% und die allein marschierende Podemos auf gera-

de mal noch auf 3,3%.

Es zeigt sich nun, dass Podemos nie eine basis-demokratisch funktionierende Partei war, sondern (mit dem Hinweis darauf eine «Bewegung» zu sein) luftige Strukturen aufgebaut hatte mit einer schwach kontrollierten Spitze zuoberst.

Portugal

Der linkssozialistische Bloco de Esquerda und die recht traditionelle kommunistische PCP hatten zusammen im Bündnis mit den Grünen in den Wahlen von 2015 über 12% der Stimmen gewonnen. Sie gingen mit der Sozialistischen Partei eine Unterstützungsvereinbarung ein, verschafften ihr die nötige Mehrheit im Parlament zur Regierungsbildung und drückten diese nach links. Bei den Gemeindewahlen 2020 verloren Bloco und PCP jedoch empfindlich und wagten deshalb im Herbst 2021 den Ausstieg aus der Unterstützung der Regierung der PS. Die Rechnung ging nicht auf.

Der Bloco wie auch die PCP verloren in den nationalen Wahlen die Hälfte der Stimmen. Die Sozialisten profitierten dagegen, erreichten das absolute Mehr im Parlament und brauchten den Bloco und die PCP nicht mehr für die Regierung. Die Aufdeckung eines Korruptionsfalles warf die PS aber schon bald in die Opposition. In den europäischen Wahlen erreichte der Bloco 4,2%, die KP (zusammen mit Grünen) 4,3%. Diese Parteien sind also keineswegs verschwunden, in den kommenden Jahren können sie sich in der Opposition, [verbunden mit den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, durchaus wieder stärken](#).

Frankreich

In Frankreich konnte eine neue Kraft links der PS von deren Niedergang profitieren: Die 2016 gegründete, von Jean-Luc Mélenchon angeführte neue Bewegung «La France insoumise» (LFI). Die früher sehr starke kommunistische Partei PCF hatte den beginnenden Niedergang der PS ab Mitte der 1980er-Jahre nie ausnützen können, im Gegenteil verlor die PCF bis zur Bedeutungslosigkeit. Auch die trotzkistischen Parteien konnten nicht wirklich profitieren. Mélenchon dagegen gelang es, viele heimatlos gewordene Sozialist:innen und gleichzeitig Kräfte aus den sozialen Bewegungen («Nuits debout» u.a.) zu sammeln. Auf Anhieb erreichten die «Insoumises» in den nationalen Parlamentswahlen im Jahr 2017 11%, in den Präsidentschaftswahlen fast 20% -weit mehr als die Parti Socialiste (7% und 6%). Grund genug für Mélenchon, die PS definitiv für «tot» zu erklären.

La France insoumise konnte ihren Erfolg aber danach nicht halten. Autoritäre Führung durch den Vorsitzenden Mélenchon, interner Streit um die Linie gegenüber der EU, gegenüber der Parti Socialiste, u.a. führten zu vielen Abgängen von Partei-Exponent:innen. Befremdlich auch im Europaparlament, wo die Insoumises aus der linken Fraktion austraten, weil diese nicht bereit war, Syriza nach ihrer «Kapitulation vor der EU» auszuschliessen.

Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl von 2022 hat sich die Partei aber wieder zusammengerauft und mit ihrem Kandidaten Mélenchon eine äusserst starke

Kampagne hingelegt. Fast 22 Prozent im ersten Wahlgang ums Präsidentenamt war ein sehr gutes Resultat, die PS und die Grünen waren weit abgeschlagen. Vor diesem Hintergrund konnte La France insoumise für die Parlamentswahlen das Wahlbündnis NUPES schaffen, das eine sehr gute Dynamik entwickelte. Im Juni 2022 erreichte NUPES fast 32% Wähler:innenstimmen, ein Erfolg der mehrheitlich der LFI zu verdanken war. Nach den Wahlen zerfiel NUPES im Parlament schnell wieder in seine Einzelteile. Aber als Macron im Juni 2024 überraschend das Parlament auflöste, bildete sich innert weniger Tage erneut ein progressives Bündnis gegen die Rechtsextremen von Le Pen. Zuvorderst die LFI, aber auch die Grünen, die PSF, die KP und viele andere mehr. Dieses Volksfront-Bündnis erreichte – einmal mehr für alle Kommentator:innen und Prognostiker:innen überraschend – ein sehr gutes Resultat: Die schon als Siegerin angekündigte Marine Le Pen landete auf dem dritten Platz und die «Volksfront» auf dem ersten Platz des neuen französischen Parlaments! Um eine neue Regierung anzuführen, welche mit der Politik Macrons bricht, reicht das Wahlergebnis zwar nicht. Aber immerhin ist La France insoumise Partei in der französischen Politik unumgebar.

Deutschland

Grosse Hoffnungen wurden in DIE LINKE in Deutschland gesetzt. Diese entstand aus zwei Komponenten: In Westdeutschland aus der WASG, der Abspaltung aus der SPD aufgrund der antisozialen Politik von Schröder; in Ostdeutschland aus der PDS (mehrheitlich Nachfolge der SED). Ihr Programm war klassisch links-sozialistisch und konnte damit neben der traditionellen Wählerschaft im Osten sowohl enttäuschte ehemalige SP-Mitglieder/Wähler:innen anziehen wie auch Junge aus den sozialen Bewegungen. 2009 erzielte DIE LINKE bei den Bundeswahlen 12% der Wähler:innenstimmen. In einzelnen Bundesländern im Osten ging der Wähler:innenanteil in den folgenden Jahren bis zu 28% (Thüringen), was in Einzelfällen zur Beteiligung an Regierungskoalitionen führte. Danach setzte jedoch der langsame Niedergang ein, an dessen aktuellem Ende DIE LINKE bei den Bundestagswahlen 2021 noch 4,9% der Stimmen erreichte und um ein Haar aus dem Deutschen Bundestag geflogen wäre. Der Rückgang der Partei erfolgte in allen Komponenten: Gewerkschaftlich orientierte ExSPDler:innen wählten vermehrt wieder SPD. Im Osten hatte die Partei stark von der alten Generation profitiert, welche am Aussterben ist; zudem gingen hier auch Oppositionsstimmen in Richtung AfD verloren. In den sozialen Bewegungen verlor DIE LINKE durch ihre chronische Zerstrittenheit in vielen zentralen Programmfragen (Migration, NATO, Wokeness-Debatte, ...), ein engeres Verhältnis zur massenhaften Klimabewegung ist bisher nicht gelungen.

Vor den europäischen Wahlen hat sich das Bündnis Sarah Wagenknecht schliesslich abgespalten, die Differenzen in Fragen der Migration, der Asylpolitik u.a. waren zu gross geworden. Bei den Wahlen im Juni 2024 erreichte das BSW mit 6% einen gewissen Erfolg und DIE LINKE ist nochmals eingebrochen. Die BSW bleibt jedoch ein sehr «deutsches» Phänomen: Es gibt in Europa kaum ein Pendant, mit welchem eine Fraktion hätte gebildet werden können. Die linke Fraktion GUE/NGL konnte die BSW mit ihren nationalistischen Positionen auf keinen Fall aufnehmen. So ist die BSW im EU-Parlament nun isoliert ausserhalb aller Fraktionen und damit vieler Mittel beraubt.

Das Ganze ist ein riesiges Desaster, war DIE LINKE aus Deutschland bislang doch eine der wichtigsten Kräfte der Fraktion GUE/NGL gewesen.

Italien

Die rasche Auflösung der PCI und die Bildung der PDS zusammen mit Resten der PSI und später auch der DC hat links ein breites Feld frei gelassen. Man hätte denken können, dass hier eine starke linke Kraft entstehen könnte. Die Rifondazione Comunista (PRC) startete anfänglich nicht schlecht und erreichte 1996 8% der Stimmen. Es gelang ihr auch viele Junge aus der Antiglobalisierungsbewegung zu gewinnen. Die PRC war damit anfangs sehr mobilisierungsstark. Bereits 1997 spaltete sie sich aber über die Frage, ob die Mitte-Links-Regierung unter Romano Prodi weiter toleriert werden soll. 2001 machte die PRC noch 5%, 2008 noch 3%. Die 2000er-Jahre waren geprägt von einer Kaskade von Neugründungen und Spaltungen links der PD. Vor den Wahlen wurden immer wieder neue Koalitionen für Wahllisten geschustert, die elektoral z.T. einen gewissen Erfolg hatten. Die Gruppierungen zerfielen jedoch meist danach in verschiedene Einzelteile (oft angeführt von einem einzelnen Leader). Immer wieder war die Frage, ob/wie man mit der PD zusammenarbeiten könne, eine Streitfrage. Immer wieder fanden Kleinstparteien auch zurück in den Schoss der PD.

Heute hat sich die Situation etwas beruhigt. Die Sektierergruppen fallen immer mehr in die Bedeutungslosigkeit. Einen stabilen Platz links der PD nimmt die links-sozialistische Partei «Sinistra Italiana» ein. Sie profiliert sich zwar klar links von PD, ist aber durchaus bereit zu gemeinsamen Listen in Majorzwahlen und auch zur Übernahme von Ministerposten in fortschrittlichen Regierungen (Roberto Speranza als Gesundheitsminister in der Regierung von Giuseppe Conte und Mario Draghi). Bei den Wahlen tritt sie meist zusammen mit den Grünen an, als *Allianza Verdi e Sinistra*. Bei den Wahlen im Juni 2024 konnte das Bündnis mit 6,8% Wähler:innenstimmen die Hürde von 4% für die Vertretung im europäischen Parlament spielend überwinden. Sinistra Italiana stellt dort jetzt 2 Deputierte, die Grünen 4.

Gleichzeitig gibt es in Italien immer wieder starke ausserparlamentarische Mobilisierungen: Von der Bewegung der «Sardinen» 2019/20 gegen die rechtsextreme Politik, zu mehreren Generalstreiks der Gewerkschaften und zu Student:innen-Mobilisierungen. Diese finden jedoch selten in einer Partei Ausdruck, am ehesten bei der Sinistra Italiana, teilweise auch bei der PD oder den 5 Stelle.

Die 5 Stelle (manchmal 5-Sterne-Bewegung genannt) sind eine sehr schillernde Gruppe, die heute national noch etwa 10% Wähler:innenanteile hat, einen Drittel von ihrem Höhepunkt. Nach dem Ende der Regierungsbeteiligung mit dem 5-Stelle-Präsidenten Giuseppe Conte als Ministerpräsident und Luigi di Maio als Aussenminister positionierte sich die Partei zunehmend als eher linke Opposition und der rechte Flügel trat aus. Die Partei bleibt politisch jedoch völlig unberechenbar, im Nacken steht ihr nach wie vor als «Garante» der Komiker Beppe Grillo. Bei den europäischen Wahlen erreichten die 5 Stelle 8 Sitze. Beteiligte sie sich in der Vergangenheit an rechten Fraktionen, so hat sie sich nun aber im europäischen Parlament klar links definiert und ist in die GUE/NGL eingetreten.

Tabdelle 2: Fraktion GUE/NGL: Wichtigste Delegationen im EU-Parlament

	Sitze 2019	Sitze 2024
Belgien (Parti du travail)	1	2
Deutschland (die LINKE)	5	3
Finnland (linke Allianz)	1	3
Frankreich (la France insoumise)	5	9
Griechenland (SYRIZA)	5	4
Irland (Sinn Fein und 1)	3	3
Italien (Sinistra Italiana und 5*)	0	2 + 8
Portugal (Bloque + KP)	4	2
Spanien (Podemos, Sumar, EH Bildu)	6	4
Schweden (Linkspartei)	1	2
Div. andere	6	5
Total	37	47
<i>Anteil an allen Deputierten im EP</i>	<i>5%</i>	<i>6,5%</i>

Perspektiven

Die Sozialdemokratie ist nicht tot, sondern zurückgestutzt, insbesondere aufgrund ihrer neo-liberalen Politik in den beiden ersten Jahrzehnten der 2000er-Jahre. Ihr [Potential](#) ist aber nach wie vor gross, wenn sie die [Interessen der unteren Schichten und der Diskriminierten vertritt](#).

Auch die Parteien links der SP sind nicht am Ende. In Frankreich und in nordischen Ländern haben sie in den jüngsten europäischen Wahlen stark abgeschnitten. Aber auch mit einem Wähleranteil von 5 bis 10 Prozent können linkssozialistische eine wichtige Rolle spielen: Indem sie von links her Druck auf die SP ausüben; indem sie linke Regierungen anstelle von reaktionären ermöglichen; indem sie den sozialen Bewegungen in den politischen Institutionen einen Ausdruck geben können.

Die für die europäischen Wahlen vorausgesagte Niederlage der Sozialdemokratie hat [nicht stattgefunden](#). Die neue EU-Kommission wird weiterhin durch eine Mitte-Links-Koalition gebildet. Der Flirt der EVP mit Rechtsaussern-Kräften wie Giorgia Meloni's Fratelli d'Italia musste abgebrochen werden, da alle fortschrittlichen Kräfte auf einer europäischen «Brandmauer» gegen Rechtsaussern beharrten. Auch die Grünen haben sich hier angeschlossen und unter dieser Voraussetzung für Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission gestimmt.

Aber die Mehrheitsverhältnisse sind sehr knapp geworden. Die Sozialdemokratie und die Linken von GUE/NGL haben sich auf einem tiefen Niveau stabilisiert, die Grünen haben gar verloren. Gleichzeitig haben die Rechtsaussernparteien stark zugelegt und stellen über einen Fünftel des neuen EU-Parlaments. Es ist zu erwarten,

dass die «Brandmauer» gegen Rechtsaussen in der täglichen Politik der kommenden Legislatur keineswegs immer hält. Viele Kräfte, insbesondere der EVP, sind zum Beispiel bereit zusammen mit den Rechtsaussen-Parteien Teile des Green Deal zu sabotieren und erneut eine harte Austeritätspolitik durchzusetzen.

In vielen Ländern der EU ist die zunehmende Bedeutung von Rechtsaussen-Parteien keineswegs gestoppt, so zum Beispiel in den Niederlanden (wo sie an der Regierung beteiligt sind) und in Österreich (wo die FPÖ demnächst die stärkste Partei werden könnte). [In Frankreich hat die «Brandmauer» dank der «Volksfront» noch einmal funktioniert, aber die Partei von Marine Le Pen hat dennoch in Wähler:innen-Prozenten ihr bestes Resultat.](#) Sie wartet jetzt nur darauf, dass Macron die erfolgreiche Linke ausbremst. Auch wenn das Zurückdrängen der äusseren Rechten eine Aufgabe ist, welche die fortschrittlichen Kräfte primär in den einzelnen Ländern zu stemmen haben, ist die Politik der SPen, der Linkssozialist:innen und der Grünen auf europäischer Ebene ebenso wichtig. Grosse politische Aufgaben stehen an, welche mit einer offensiven Politik angegangen werden müssen. Genannt seien hier nur drei:

Säule der sozialen Rechte

Als Antwort auf die sinkende Zustimmung der unteren sozialen Schichten in die EU hat Jean Claude Juncker 2017 die Schaffung einer «Säule der sozialen Rechte» proklamiert, in seiner Amtszeit aber noch kaum Schritte realisiert. In den letzten vier Jahren ist es den fortschrittlichen Kräften im EU-Parlament zusammen mit den Gewerkschaften jedoch gelungen, mehreren Reformen zum Durchbruch zu helfen, welche eine soziale Wende in der EU-Politik bedeuten. Statt wie in den Jahren zuvor ein Agent der Deregulierung von Arbeits- und Sozialgesetzen wurde die EU zu einem [Agenten der Re-Regulierung](#): Richtlinie über [Mindestlöhne und Kollektivverhandlungen](#); Richtlinie zur Plattformarbeit; Richtlinie zu gleichen Löhnen für Frauen; Richtlinie zur sozialen und ökologischen Verantwortung der Konzerne; u.a.m. Weitere Reformvorhaben sind 2024 für die kommende Legislatur [vorgespurt worden](#). Es ist eine zentrale Aufgabe der Linken, diese Säule weiter auszubauen und vor allem auch für die konkrete Umsetzung in der Realität zu sorgen. Die Widerstände dagegen sind riesig und gerade in diesen Fragen haben sich immer wieder Kräfte der «Mitte» mit den Rechtsaussen zusammengetan, um die soziale Re-Regulierung auszubremsen.

Ökologischer Umbau, just Transition

Für die Sozialdemokratie wie auch für die Grünen und GUE/NGL ist unbestritten, dass die EU eine ambitionierte Politik des ökologischen Umbaus vorantreiben muss. Diese stösst in vielen Ländern aber nicht nur auf Widerstand aus der Landwirtschaft und Teilen der Unternehmerschaft. Untere soziale Schichten und der Arbeiter:innen befürchten vielerorts eine Verteuerung der Preise für Energie, Wohnen und andere Produkte und Dienstleistungen sowie einen Verlust von Arbeitsplätzen. Links-Grün darf sich keinesfalls einfach über diese Befürchtungen hinwegsetzen. Die «just transition», die Kombination ökologischer und sozialer Reformen ist absolut wichtig, wenn das Feld nicht dem antiökologischen Populismus von Rechtsaussen überlassen werden soll.

Solidarische Finanzierung

Jahrelang war die EU ein Motor brutaler Austeritätspolitik (Troika gegen Griechenland und andere Länder!). Die Sozialdemokratie war daran oft beteiligt und hat sich damit diskreditiert. Die Coronakrise und die Energiekrise zu Beginn des Kriegs Russlands gegen die Ukraine ermöglichte eine Abkehr von dieser Politik und die Schaffung von grossen Unterstützungs-Programmen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, gegen den wirtschaftlichen Einbruch und für eine ökologische Wende in der Energieproduktion. Für diese Programme hat die EU erstmals solidarisch Kredite aufgenommen und die Mittel an die von der Krise meistbetroffenen Länder geleitet. Dies hat das Prestige der EU in vielen Ländern wieder verbessert und auch dazu geführt, dass die Rechtsausser-Parteien ihre grundsätzliche Ablehnung der EU aufgeben mussten. Aber die Gefahr ist keineswegs gebannt, dass die EU ab 2025 wieder in Austeritätspolitik zurückfällt. Der [revidierte «Stabilitätspakt»](#) ist ein klarer Schritt in diese Richtung. Die fortschrittlichen Kräfte in der EU dürfen sich auf keinen Fall wieder für eine solche Politik mitverantwortlich werden. Im Gegenteil müssen sie dafür kämpfen, dass die EU vermehrt über solidarisch erhobene Finanzmittel verfügt, um die Politik des ökologischen Umbaus mitfinanzieren zu können.

Exkurs I: Schweizer Ausnahmefall ?

In der Schweiz war die Sozialdemokratische Partei elektoral nie besonders stark (nach dem 2. Weltkrieg nie mehr als 27%), seit den 1980er-Jahren schwankt sie um die 20 Prozent herum. Dank der in der Schweiz möglichen Kombination von Oppositionspolitik und Regierungs-beteiligung und dank den Instrumenten von Referendum und Initiative war und ist der politische Einfluss der SPS aber grösser, als der nationale Wähler:innenanteil vermuten liesse.

Warum erlebte die SPS nicht einen Niedergang wie andere SPen in Europa? Im Unterschied zu ihnen kannte die Mehrheit der SPS keine blair-schrödersche neo-liberale Abwendung von den unteren Schichten und den Gewerkschaften. Dies, obwohl diese Option anfangs der 2000er-Jahren mit dem «Gurten-Manifest» und ähnlichen Vorschlägen durchaus auch auf dem Tisch lag. Auf eidgenössischer Ebene hat die SPS Austeritätspolitik, Sozialabbau und Deregulierung der Arbeitsgesetze im Unterschied zu europäischen Schwesterparteien nicht mitgetragen. Die SPS verlor zwar auch Wähler in den unteren Schichten (insbes. an die Wahlabstinz), konnte dies jedoch weitgehend bei Angestellten und bei Frauen kompensieren. Starke JUSO-Generationen verschafften der Partei zudem in den letzten beiden Jahrzehnten eine überdurchschnittliche Mobilisierungsfähigkeit und drückten sie eher nach links. Deshalb stimmt es wohl, dass die SPS im Verbund der Europäischen Sozialdemokratie PES das linkste Mitglied ist. In den kantonalen und nationalen Wahlen hat sich die SPS 2023 gut gehalten und damit die Politolog:innen und Journalist:innen Lügen gestraft, ähnlich wie es im Juni 2024 auf europäischer Ebene geschah.

Parallel zu einer relativ linken Sozialdemokratie haben auch die Grünen in der Schweiz relativ links entwickelt. Im Unterschied zu der «gurkengrünen» Deutschen Partei war für die GPS meist klar, dass die ökologische Frage nicht losgelöst von der sozialen gesehen werden kann.

Auch in der Schweiz haben Kräfte links der SPS in den letzten Jahrzehnten einen gewissen Erfolg gehabt, insbesondere auf städtischer und kantonaler Ebene: Linke Kräfte, welche aus der Nach-68er-Bewegung heraus entstanden sind (AL Zürich, Basta BS, Solidarité Romandie, ...) und links-grüne Gruppierungen (SGA Zug, Grünes Bündnis Bern, ...). Sie haben den Raum ausgefüllt, wenn die SP immer moderater und staatstragender wurde. Sie haben die SP oft wieder nach links gezogen. Und sie haben den sozialen Bewegungen parlamentarischen Ausdruck gegeben. Unproduktiv wird ihre Wirkung immer dann, wenn einzelne Gruppierungen vor allem aus der Abgrenzung gegenüber ihren Konkurrenten im linken Lager leben (so das Movimento per il Socialismo im Tessin; so die Fraktionskämpfe Linksaussen in Genf, ...). Zu einer nationalen Kraft wurden diese linken Kräfte in der Schweiz aber nie, sie gingen immer wieder (wählermässig) knapp an der Bildung einer Fraktion im Nationalrat vorbei und fielen dann wieder in ihre regionale Existenz zurück. Hier, insbesondere in einigen grossen Städten (Genf, Zürich, Bern, u.a.), spielen sie aber eine nicht zu unterschätzende Rolle als progressive Reformkraft.

Die Schweizer Gewerkschaften haben sich ab den 1990er Jahren als Kraft entwickelt, die sozial- und arbeitspolitisch eigenständig handlungsfähig ist. Seit den 1990er Jahren ist der SGB referendums- und initiativfähig. Nicht nur was das Sammeln von Unterschriften betrifft, sondern auch das Führen von Kampagnen. Mit dem Abstimmungssieg bei der 13. AHV-Initiative hat sich die Kraft der Gewerkschaften nochmals gestärkt. Dabei funktionieren die Gewerkschaften bisher kaum als Ersatzpartei, sondern in guter Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit der SPS, den Grünen und lokal mit den Kräften links davon.

Exkurs II: Gewerkschaften und linke Parteien

Die Gewerkschaften waren in Europa traditionell mehrheitlich sehr symbiotisch mit den Sozialdemokratischen Parteien verbunden, der DGB mit der SPD, der ÖGB mit der SPÖ, die italienische UIL mit der PSI, usw. Parallel dazu war gleiches in einigen Ländern mit den kommunistischen Parteien der Fall, die CGIL mit der PCI, die französische CGT mit dem PCF. In einigen Ländern gar mit der christlich-demokratischen Partei, so die italienische CISL mit der Democrazia Cristiana. In allen Fällen wurden die Gewerkschaften als Transmissions-riemen der Partei benutzt, umgekehrt garantierte die Partei den Gewerkschaften Zugang zu staatlichen Instanzen. Mit dem Niedergang der sozialkulturellen Arbeitermilieus und mit den elektoralen Verlusten der traditionellen Parteien haben sich die meisten Gewerkschaften jedoch von ihren Parteien emanzipiert. Allerdings brauchte dies oft viel Zeit.

Die früher sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften konnten die blairsche und schrödersche Politik nicht mittragen, ohne die Interessen der Basis zu verraten. Allerdings dauerte die Emanzipation oft einige Jahre, während derer die Gewerkschaften auch Schaden nahmen. Die TUC blieb Tony Blair längere Zeit treu, bis sie merkten, dass Teile der eigenen Basis Rechtspopulisten zu folgen begannen. Der DGB mobilisierte zuerst kaum gegen Rentenalter 67 und gegen die AGENDA 2010 (letztere treffe die eigene Basis nicht, meinte anfangs die IG Metall). Dann folgte in den meisten Ländern eine klare Autonomisierung der Gewerkschaften, nur die TUC scheint weiterhin gefangen in der symbiotischen Beziehung mit der Labour

Party und deren Fraktionen. Die Kooperation der Gewerkschaften mit fortschrittlichen Parteien geht selbstverständlich weiter, jetzt aber «auf Augenhöhe», nicht mehr als «Transmissionsriemen». Die Gewerkschaften arbeiten jetzt nicht mehr allein mit der SP zusammen, sondern auch mit den Parteien links von ihr, sowie auch mit den Grünen.

Emanzipiert haben sich auch die Christlichen Gewerkschaften. Mit Erfolg in Belgien, wo die nach wie vor sich christlich verstehende CSC gleich stark ist wie die linke FGTB. Geschwächt dagegen ist die CISL in Italien.

Auch die KP-nahen Gewerkschaften mussten gezwungenermassen einen autonomen Weg finden. Gut gelungen ist dies der italienischen CGIL, welche auch auf dem politischen Parkett als eigenständige soziale Kraft unabhängig von allen Parteien auftritt (mit dem Generalstreik gegen die Sparpolitik, mit Initiativen zum Arbeitsrecht, u.a.m.). Stark sind auch die Commissiones Obreras in Spanien geblieben. Tiefer in der KP-Tradition sind Teile der französischen CGT und die portugiesische CGTP geblieben, die zwar beide sehr mobilisierungsstark sind, aber Mühe beim Aufbau in neuen Schichten haben.

Als autonome Kraft operiert auch der Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Er ist eine starke Lobby im Europäischen Parlament, wo er bestens mit den Sozialdemokraten, den Linken, den Grünen und einzelnen Christlichsozialen zusammenarbeitet. Gleichzeitig operiert er mit seinen Länderorganisationen gegenüber den Mitgliedstaaten und dem europäischen Ministerrat.

Autor | Andreas Rieger ist europäisch engagierter Gewerkschafter, Denknetz-Mitglied und ehemaliger Unia-Co-Präsident.